

Von Problemen in Deutschland, Zeitgeschichte zu erinnern

Anmerkungen zu Eckhard Jesses „Diktaturen in Deutschland“ und „Demokratie in Deutschland“

André Gursky

Mit der friedlichen Revolution in der DDR und der deutsch-deutschen Wiedervereinigung im Oktober 1990 wurde nicht zuletzt auch die sogenannte Fach-Community, die renommierte Geschichts- und Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, überrascht. Kaum ein Befund namentlich der systemimmanenten DDR-Forschung¹ der alten Bundesrepublik ließ den nahezu gewaltfreien² Abgesang des realsozialistischen Staates erahnen. Der Schritt zum Sowjetmarxismus, konstatiert Jürgen Habermas,³ sei aus der Marxschen Lehre selbst nicht zu rechtfertigen.⁴ So wundert es nicht, daß zahlreiche Intellektuelle, ja auch führende Köpfe des Herbstes 1989, auf einen zu reformierenden Sozialismus setzten. Diese Chance, so das ernüchternde Fazit bereits wenige Monate nach dem Mauerfall, sei verpaßt und vertan worden. Eine „verpaßte Revolution“ in gesamtstaatlicher deutsch-deutscher Perspektive? Doch welche Alternativen bestanden tatsächlich? Und vor allem: Welche Entwicklungsrichtung des neuen deutschen Nationalstaates wurde aus Sicht der Politik (sowohl innerhalb der Bundesrepublik als auch weltweit) für wünschenswert gehalten?

Etwa zwanzig Jahre nach den epochalen Ereignissen von 1989/90, die ein ganzes politisches Weltsystem zum Einsturz brachten, erscheinen zahlreiche Veröffentlichungen zu verschiedenen mit dem Vereinigungsprozeß korrespondierenden Problemstellungen. Thematisiert werden Untersuchungen zum Übergang von der Diktatur zur Demokratie in den neuen Bundesländern, zur Selbstvergewisserung der Deutschen über eine jahrzehntelange nationalstaatliche Entwicklung, zu den Parteienstrukturen in Deutschland sowie alternativer Politikstrukturen, zur Einordnung Deutschlands und der einst geteilten deutschen Halbstaaen in die Weltpolitik oder zu den Wirkungen prägender Konstanten der politischen Ideengeschichte. Herausgehoben erscheint vor allem die Rolle von Persönlichkeiten und Institutionen, denen es obliegt, Zeitgeschichte zu erinnern.

Eine besondere Arbeit erschien 2008. Sie fällt aus dem Spektrum von retrospektiv angelegten Publikationen zu Fragen der deutsch-deutschen Geschichte nahezu heraus. Es

1 Vgl. auch Schroeder, Klaus/Staadt, Jochen: Linkes Standbein sucht Halt. Reanimationsbemühungen für die „systemimmanente DDR-Forschung“. In: ZdF 22/2007, S. 152 ff.

2 „Keine Gewalt!“ – die lautstark erhobene Forderung der Menschen bei den Massendemonstrationen im Oktober und November 1989 wurde durch Verantwortliche der SED-Führung nicht immer respektiert. Gewalttätige Polizeieinsätze und der Einsatz der Geheimpolizei, also von Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, können vielerorts nachgewiesen werden, darunter auch in Halle/Saale. Das „Wunder“ der friedlichen Revolution hätte auch einen anderen Verlauf nehmen können: „Rädelsführer herauslösen, erschießen“, so eine Forderung während einer MfS-Krisensitzung in Dessau, und „Umleitung“ der Botschaftsflüchtlingszüge direkt in die DDR-Haftanstalten. Eine harte Gangart wurde durchaus erwogen, allein es fehlte der Einsatzbefehl.

3 Habermas, Jürgen: Die nachholende Revolution. Frankfurt/M. 1990, S. 191. Hingegen ist von einem Mißbrauch der Marxschen Lehre und der Verkehrung ihrer ursprünglichen Intention die Rede.

4 Hingegen Löw, Konrad: Das Rotbuch der kommunistischen Ideologie. Marx & Engels – Die Väter des Terrors. München 1999. Löw belegt mit einer Fülle von Quellen einen direkten Bezug auf die marxistischen Klassiker. In diesen Intentionen, darauf verweist Stéphane Courtois im Vorwort, sind die Ursprünge für die spätere Entfehlung des Terrors unter Lenin und Stalin zu sehen.

handelt sich um zwei eigenständige Bände, die jedoch thematisch sehr eng aufeinander bezogen sind. Es sind die gesammelten Beiträge des Chemnitzer Politikwissenschaftlers Eckhard Jesse, publiziert in den Büchern *Diktaturen in Deutschland*⁵ und *Demokratie in Deutschland*.⁶ Die voluminösen Sammelbände (insgesamt ca. 980 Seiten) liefern eine Reihe einschlägiger Stellungnahmen des Politikwissenschaftlers, die zwischen 1987 und 2007 bereits als Einzelbeiträge veröffentlicht wurden. Unmittelbarer Anlaß für die Zusammenstellung der diskursiven Erörterungen Jesses war dessen sechzigster Geburtstag, den Jesse 2008 beging. Uwe Backes und Alexander Gallus resümieren, Jesse erzähle „anschaulich und quellennah, andererseits legt er Strukturen offen, bildet Typen, verdeutlicht Funktionsmechanismen, zieht Vergleiche, bringt den in einer ‚szientistischen‘ Politikwissenschaft immer seltener anzutreffenden Mut auf, hier und da auch normative, den Maßstab freilich offen legende Urteile zu fällen – und Prognosen abzugeben“.⁷ Die Herausgeber des Demokratiebandes treffen hier genau den Punkt. Insbesondere ist es der Mut des Jubilars, über Jahre hinweg mitunter sehr unliebsame Themen aufgegriffen und einer sachlich-fachlichen, sehr exakten Analyse unterzogen zu haben – das zeichnet beide Sammelbände besonders aus. Der „repräsentative Querschnitt“ über politikwissenschaftliche Fragestellungen besticht durch eine „ausgesprochen historische Tiefendimension“, gleichsam anregend „für die ihm nahe stehenden Nachbardisziplinen“.⁸

Der Verweis auf ein bereits vor dem Zusammenbruch des Ostblocks gestartetes publizistisches Unternehmen ist folgerichtig. Die Themen „Demokratie und Diktatur“ sind hautnah nicht zuletzt auch auf das Spannungsverhältnis von „Extremismus und Demokratie“ abgestellt. Das gleichnamige Jahrbuch wird seit 1989 von Eckhard Jesse und Uwe Backes herausgegeben.

Die von Jesse diagnostizierten und analysierten Befunde werden vor dem Hintergrund der vergleichenden Diktaturforschung über Deutschland hinaus thematisiert. Einem bereits immer wieder totgesagten Phänomen spürt der Autor in allen Verästelungen akribisch nach, diskutiert grundlegende Thesen von Kritikern und Befürwortern der Totalitarismustheorie⁹ und ordnet korrespondierend hierzu jeweils die politischen Verlautbarungen ein. Das betrifft auch den eingangs erwähnten Fingerzeig von Habermas auf den „wahren Marx“, der bis heute und nicht nur von der Partei „Die Linke“ vielfach artikuliert wird. Immer wieder, so stellt Jesse treffend heraus, werden alternative Entwürfe zur augenblicklichen Demokratie in Deutschland sowohl von „links“ als auch von „rechts“ angestrebt und diskutiert. Mit dem Status quo in der alten Bundesrepublik verbunden waren allerdings ebensowenig die Oppositionellen der friedlichen Revolution des Herbstes 1989. „Die Aufgabe einer eigenständigen DDR“, schreibt Jesse, „stand nicht zur Debatte. [. . .] Es gab sogar Stimmen (wie etwa die Bärbel Bohleys), die die unerwartete Öffnung der Mauer bedauerten.“¹⁰

5 Jesse, Eckhard: *Diktaturen in Deutschland. Diagnosen und Analysen*. Baden-Baden 2008.

6 Ders.: *Demokratie in Deutschland. Diagnosen und Analysen*. Hrsg. von Uwe Backes und Alexander Gallus, Köln/Weimar/Wien 2008.

7 Ebd.: S. 2 f.

8 Aus dem Grußwort des Prodekans der Philosophischen Fakultät der Technischen Universität Chemnitz, Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll. In: Jesse: *Diktaturen*, S. 8.

9 Im *Diktaturen*-Buch erfolgt eine weitestgehende theorie- und ideengeschichtliche Bestandsaufnahme und Analyse der Thematik, gleichwohl unter Einbeziehung der neueren Debatten um das „Schwarzbuch des Kommunismus“ und die Diktaturforschung zur DDR. Der Demokratie-Band vereinigt praxisorientierte Beiträge zur Deutschen Frage, zur Vergangenheitsaufarbeitung, zu aktuellen Tendenzen der Parteiendemokratie, zum Verfassungsschutz sowie zum Links- und Rechtsextremismus.

10 Jesse: *Diktaturen*, S. 461 und 488.

Jesse analysiert in historischen Dimensionen. Umbruchphasen in Deutschland gab es vergleichsweise 1918, 1933 und 1945.¹¹ Das Luxemburg-Zitat von der „Freiheit der Andersdenkenden“ ordnet der Autor ein in die demokratiefeindlichen Positionen einer Arbeiterführerin, die heute Namensgeberin einer parteinahen Stiftung (Rosa-Luxemburg-Stiftung) ist. Diese wird ausgerechnet von den politischen Strukturen finanziert, die sie zu bekämpfen und letztlich zu überwinden beabsichtigte.¹² In diesem Ziel sind sich eine ganze Reihe von neu gegründeten dubiosen Vereinigungen und Institutionen seit Anfang der neunziger Jahre einig – natürlich auf Kosten des Steuerzahlers. Darunter ist zum Beispiel die 1991 gegründete „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.“ (GBM). Die GBM beruft sich in ihren Abhandlungen wohlwollend auf den Extremismusforscher Eckhard Jesse: „Für den Mainstream der westdeutschen DDR-Forschung bestand in den siebziger und achtziger Jahren kein Zweifel: Die DDR galt überwiegend nicht als totalitär. Der Begriff des Totalitarismus spielte ohnehin keine Rolle in der einschlägigen Forschung.“¹³ Was die GBM verschweigt, sind die weiteren Ausführungen Jesses, wo es heißt: „So sehr der Begriff früher auf Ablehnung stieß, so häufig findet er heute Anwendung. Auch Autoren, die früher dem Totalitarismuskonzept ablehnend gegenüberstanden, scheinen ihren Frieden mit dem Begriff geschlossen zu haben.“¹⁴ Auf einen prominenten und führenden Ideologen, Gerhard Lozek (seinerzeit Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED), wird namentlich verwiesen, der rückblickend „[...] ‚das totalitäre System‘ als eines der markanten Merkmale der politischen Ordnung der DDR“¹⁵ bewertet. Jesse untersucht das Verhältnis von Totalitarismus und Autoritarismus unter verschiedenen Perspektiven (Monismus – Pluralismus, Ideologisierung – Nichtideologisierung, Massenmobilisierung – Entpolitisierung, die zeitliche Ebene sowie die Rolle des Staatssicherheitsdienstes in der DDR) und reflektiert kritisch über den vielfach gebrauchten Begriff einer vermeintlichen „Nischengesellschaft“. Die Aktualität und Problematisierung derjenigen Untersuchungsfelder, die mit der Totalitarismuskonzeption inhaltlich umrissen werden, liegt nicht zuletzt auch für künftige politik- und zeitgeschichtliche Forschungen klar auf der Hand.

Mit seinen Stellungnahmen zum sogenannten „Historikerstreit“ geht es Jesse um eine „Einschätzung des Nationalsozialismus“ in einer Perspektive, die sich von einer, wie er ausführt, „in mannigfacher Hinsicht tabubesetzten Vergangenheitsbewältigung“ deutlich abhebt. Deren bis heute wirksame Konsequenzen stellt der Autor wie folgt heraus: „die Ächtung des politischen Gegners mit Hinweis auf dessen (behauptete) Nähe zum Nationalsozialismus, wobei man sich durch dessen Form der Instrumentalisierung in eine moralisch bessere Form zu bringen versteht, den heutigen Antisemitismus und Rechtsextremismus, die für bestimmte Spielarten der Vergangenheitsbewältigung erhalten müssen, und das Problem der Enttabuisierung, das zugleich eine Absage an wie immer motivierte ‚volkspädagogische‘ Absichten darstellt“.¹⁶ „Volkspädagogisch unwillkommen“, darauf

11 Vgl. auch die Beiträge von Jesse über Friedrich Ebert, die Kontroverse zum Reichstagsbrand, die Ereignisse von 1953, 1956 und 1968 im sowjetischen Imperium oder die jeweilige Frage nach möglichen „Dritten Wegen“ am Beginn der Weimarer Republik (Luxemburg und der Luxemburgismus bzw. entgegengesetzt zur deutschen Wiedervereinigung).

12 Wiederholt stellen maßgebliche Genossen der Linkspartei unverblümt die „Systemfrage“.

13 ICARUS. Zeitschrift für soziale Theorie und Menschenrechte. Hrsg. von der GBM, 10. Jg., Heft 3/2004, S. 30.

14 Jesse: Diktaturen, S. 379.

15 Ebd., S. 380.

16 Jesse: Demokratie, S. 74.

verweist Jesse wiederholt, war auch der deutsche „Historikerstreit“ um die Ausführungen Ernst Noltes zu den Dimensionen und Einschätzungen der totalitären Systeme des Nationalsozialismus und des Bolschewismus. Diese Kontroverse dauert – bezogen auf die von Jesse analysierte wissenschaftliche, politische, moralische und personelle Dimension des Streits – im Grunde genommen bis heute an. Mit Ernst Nolte kann über die beabsichtigte politische Dimension, nämlich „kulturelle Hegemonie“¹⁷ zu erlangen, zutreffend gesagt werden: „Antisemitismus ist in der Bundesrepublik das ‚wirkungsvollste aller Verdammungswörter‘“. Medienwirksam sei, so Jesses Fazit, mit den Statements des *Spiegel*-Gründers Rudolf Augstein „ein Tiefpunkt der Auseinandersetzung“¹⁸ erreicht worden. Heftig kritisiert Eckard Jesse eine schon „irrational“ anmutende Dimension der politischen Kultur in Deutschland infolge des „Historikerstreites“. „Kritik an Positionen von Repräsentanten des Judentums ist weitestgehend tabuisiert [...]“. Hierfür ist in diesem Kontext die Äußerung von Heinz Galinski, dem damaligen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, symptomatisch: „Wir geben den Weg zu einer schrankenlosen Geschichtsdiskussion nicht frei.“¹⁹ Alles in allem – „Geschichtsrevisionismus“ ist bis zur Gegenwart eine leider immer wieder reaktivierte und erfolgreiche Vorgehensweise im Kampf um die Deutungshoheit über Geschichte und damit auch über die Erinnerungskultur in Deutschland.

Die Thematisierung des Zweiten Weltkrieges unter dem Blickwinkel des Kampfes zweier totalitärer Systeme führte, wie Jesse heraushebt, seitens der Kritiker Noltes dazu, daß weniger der wissenschaftliche Streit um Inhalte, als vielmehr „die moralische Diskreditierung“²⁰ im Vordergrund steht. An dieser Verfahrensweise hat sich nach der deutschen Wiedervereinigung nicht nur kaum etwas geändert – nein, sie ist offenbar zu einem grundlegenden immanenten Bestandteil der politisch-moralischen Selbstreflexion in Deutschland geworden.²¹ Es mutet fast schon wie eine Verhöhnung an, wenn linksradikale und linksextremistische Kreise heute den „Antifaschismus“ derart instrumentalisieren, daß mit diesem politischen und moralischen Kampfbegriff – der vom Verfassungsschutz als verfassungsfeindlich eingestuft und beobachteten „deutschen Antifa“ – gleichsam über den deutschen Geschichtshorizont hinaus und auf dieser Grundlage dem „weltweiten Imperialismus“ der Kampf angesagt wird.²²

Das politische Spektrum, auf das Jesse hieran anknüpfend abhebt, ist schließlich auf die Verfassungsschutzberichte und deren Auslotung rechts- und linksextremistischer Straftaten, Aktivitäten und Netzwerke bezogen. Es wundert nicht, daß die Analysen Jesses einen bedenkenswerten Befund ergeben, der jedoch alles andere als in die opportune und durch führende Medien alltäglich verbreitete Meinungshoheit paßt.²³

17 Jesse: Diktaturen, S. 129.

18 Ebd., S. 132.

19 Ebd., S. 133.

20 Ebd., S. 144.

21 An dieser Stelle ist auf Rezensionen zu verweisen, die als „revisionistisch“ bezeichnet werden, zu nennen sind solche Autorennamen wie Bogdan Musial, Gerd Schultze-Rhonhof, Stefan Scheil oder Joachim Hoffmann.

22 In der erwähnten GBM-Zeitschrift ICARUS finden sich zahlreiche Aufsätze, die diesen Intentionen entsprechen. Vgl. u. a. Knorr, Lorenz: Faschistische Praktiken der USA. In: ICARUS, 12. Jg., Heft 1/2006; Fischer, Gerhard: Geschichtsrevisionistische „Empfehlungen“. In: ICARUS, 12. Jg., Heft 3–4/2006; Richter, Wolfgang: Faschismus redivivus. In: ICARUS, 13. Jg., Heft 2/2007; Knorr, Lorenz: Antifaschismus – passé? In: ICARUS, 15. Jg., Heft 1/2009.

23 „Entgegen manchen Annahmen ist die deutsche Justiz heute – anders als damals – keineswegs auf dem rechten Auge blind. Gleiches gilt für die Polizei, wie empirische Erhebungen zeigen. Bekanntlich werden aufgrund der Rechtslage von der Justiz besonders rechtsextreme Propagandadelikte

Zwei für den demokratischen Verfassungsstaat wichtige Koordinaten im politischen rechtsstaatlich orientierten Umgang im Parteienspektrum der Bundesrepublik sind zunehmend zurückgedrängt: An erster Stelle betrifft das den Anfang der neunziger Jahre parteiübergreifend noch vertretenen antitotalitären Konsens. Schließlich, so führt Jesse aus, „kommt man um den Befund nicht herum, dass die ‚*Erosion der Abgrenzung*‘ weit fortgeschritten ist, jedenfalls gegenüber Positionen von Linksaußen, im intellektuellen Milieu mehr als in der praktischen Politik“. Hier allerdings wäre namentlich auf die PDS zu verweisen. „Sie duldet, ja fördert offen linksextremistische Strukturen (kommunistische und ‚autonome‘ Plattformen, Marxistisches Forum etc.) und schließt in der Bündnispolitik kommunistische Parteien des mehr oder weniger orthodoxen Typs ein.“²⁴ Zudem erkennt Jesse recht eigenartige zeitgenössische Konstellationen, wo sich „Autoren aus der extremen Linken gemeinsam mit Demokraten ein Stelldichein geben. [...] Aber darüber redet kaum einer. Der ‚Kampf gegen rechts‘ schweißt demokratische und antidemokratische Positionen von links vielfach zusammen.“²⁵ Jesse plädiert für begriffliche und inhaltliche Exaktheit, etwa auch bei solchen Medien wie der Wochenzeitung *Junge Freiheit*²⁶ oder bei konservativen Denkern, die unter das rechtsradikale oder gar rechtsextreme Verdikt fallen. In den Verfassungsschutzberichten der Bundesrepublik und in denen der Länder spürt Jesse einer augenscheinlichen „Schieflage“ nach, die sich insbesondere auch in der (linken) Publizistik und einem Teil der Forschung zeigt: Die extremen Rechten seien auf dem Vormarsch. „Man kann ein Phantom – einen Rechtsextremismus ohne Rechtsextremisten – nicht angemessen bekämpfen“, entgegnet der Extremismusforscher unter Verweis auf die „Faschismuskeule“. „Auf breiter Front vorgetragene, der Monotonie tibetanischer Gebetsmühlen gleichende Warnungen vor der extremen Rechten stehen allerdings in einem merkwürdigen Kontrast zu deren eher randständigen Bestrebungen. Jene überlagern diese somit bei weitem. [...] Ein politisch korrektes linkes Nach-Sprechen beherrscht nahezu die intellektuelle Szene, nicht jedoch ein gefährliches rechtes Vor-Denken.“²⁷

Im Kontext zu den bereits aufgezeigten und von Jesse umfangreich durchleuchteten Debatten um Diktaturen in Deutschland („Historikerstreit“, „Schwarzbuch des Kommunismus“) steht das hochaktuelle Thema einer doppelten Vergangenheitsaufarbeitung, das aus Sicht des Extremismusforschers eingehend problematisiert wird. Bis heute habe sich, so Jesse, eine Art „Negativfixierung auf Hitler“ in der politischen Kultur der Bundesrepublik herausgebildet. „Der Schatten Hitlers prägt bei vielen Diskussionen z. B. bei der Asylpolitik die Urteilsbildung oder präjudiziert sie.“²⁸ Eine unausgewogene Balance des deutschen Gemütszustandes sei die Folge und mache der Demokratie schwer zu schaffen. Es geht darum, „Unterschiede und Parallelen im Hinblick auf die Art der Vergangenheitsbewältigung herauszustellen und für die zukünftige Aufarbeitung der ostdeutschen Diktatur auch die Erfahrungen der NS-Diktatur zu berücksichtigen. Wenn die

geahndet. Die Aktivitäten der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften bekommen immer wieder Autoren aus dem rechts-, nicht aber solche aus dem linksextremen Milieu zu spüren. Weshalb dieses Ungleichgewicht?“ Vgl. Jesse: Demokratie, S. 383.

24 Ebd., S. 324. Inzwischen erfolgte eine weitere Umbenennung der einstigen Herrschaftspartei in der DDR zur Partei „Die Linke“.

25 Jesse: Demokratie, S. 383 f.

26 Die *Junge Freiheit* ist immerhin in der Bundespressekonferenz vertreten.

27 Jesse: Demokratie, S. 391 ff. „Auch die Konzeption vom ‚Extremismus der Mitte‘, die seit einiger Zeit Zustimmung findet, fügt sich diesem Bild.“

28 Jesse: Diktaturen, S. 298.

Parallelen zwischen beiden Diktaturen offenkundig sind, muss die Vergangenheitsbewältigung ähnlich angelegt sein. Es bedarf dabei normativer Maßstäbe.“²⁹

Der Befund zur offenkundigen Verharmlosung der SED-Diktatur ist erschreckend. „Die häufigste Form zumindest unterschwelliger Apologie“, so Jesse, „bestehe darin, die DDR als ‚Deformation‘ eines wahren sozialistischen Systems anzusehen. Wer diese Maxime teilt, kann ein neues ‚sozialistisches Experiment‘ fordern.“³⁰ Die Analogie zu den Befindlichkeiten und Prägungen nach 1945 wird deutlich: Auch damals wurde auf die politische Verantwortung einer Clique hingewiesen, die eine Entartung des NS-Systems ermöglicht und herbeigeführt habe. Aus justitieller Sicht stellt der Politikwissenschaftler die berechnete Frage nach dem kriminellen Charakter der Politik der DDR-Führung und verweist auf die Defizite der nach 1990 erfolgten rechtsstaatlichen Sanktionen durch bundesdeutsche Gerichte. Es sei offenkundig, daß eine positivistische Herangehensweise an die DDR-Gesetze in politischen Strafsachen deren Unrechtscharakter eher sanktioniere. Für die Stichhaltigkeit dieser These sprechen die Befunde, die als Bilanz einer etwa zehnjährigen Arbeit im Zusammenwirken der Zentralen Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV) und den entsprechenden Staatsanwaltschaften heute vorliegen.³¹

Die Glaubwürdigkeit der Vergangenheitsaufarbeitung im Hinblick auf das Dritte Reich und die DDR bestünde nach Jesse nur dann, wenn sie anti-extremistisch fundiert ist. Das schließt auch deren mißbräuchliche Instrumentalisierung für andere Interessen aus. „Diskussionen über Asylrecht, Abtreibung, ‚Berufsverbote‘ und Euthanasie wurden und werden mitunter vielfach in einem künstlichen Zusammenhang zur NS-Vergangenheit gebracht und dadurch vielfach ihres rationalen Charakters entkleidet. Eine ähnliche Gefahr besteht gegenwärtig im Hinblick auf die DDR.“³²

Die in den Sammelbänden publizierten Beiträge haben auch zwanzig Jahre nach der deutsch-deutschen Vereinigung an Aktualität nichts verloren. Im Gegenteil. Die Probleme und Risiken in Deutschland, Zeitgeschichte auf wissenschaftlicher Grundlage zu erinnern, treten inzwischen noch mehr zutage, oder anders formuliert: Der Kampf um die Deutungshoheit von Geschichte und Erinnerungskultur hat nicht nur an Schärfe zugenommen, sondern führt mitunter zu obskuren Formen und Ambivalenzen. Doch das ist bereits ein eigenständiges Thema.

29 Ebd., S. 300.

30 Ebd., S. 302.

31 Die ZERV stellte nach zweimaliger Verlängerung von Verjährungsfristen ihre Arbeit im Jahr 2000 ein. Die Bilanz der strafrechtlichen Ermittlungsverfahren und deren Relevanz in Bezug auf DDR-Systemunrecht sind ernüchternd. Vgl. u. a. Schöll, Jan O.: Die Rechtsbeugung. Aktuelle Probleme der strafrechtlichen Bewältigung staatlichen Unrechts. Konstanz 1999; Hohoff, Ute: An den Grenzen des Rechtsbeugungstatbestandes. Eine Studie zu den Strafverfahren gegen DDR-Juristen, Berlin 2001.

32 Jesse: Diktaturen, S. 314.